

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 112 – März 2015

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG ?

Seit Jahren ist der Bezirk St. Veit an der Glan in Kärnten für die hohe Krebsrate bekannt. Die Statistik Austria wertete das österreichische Krebsregister aus, in dem bösartige Neuerkrankungen erfaßt sind. Im Bundesschnitt werden jährlich pro 100.000 Einwohner 265 bösartige Neuerkrankungen registriert. In Kärnten sind es 313, im Bezirk St. Veit an der Glan 344. (!)

Im Bezirk St. Veit liegt das Görtschitztal. Bis 1977 stand dort das Durit-Werk, in dem Asbest zu Dachplatten und Rohren verarbeitet worden ist. Anfangs ohne Atemschutz und ohne Informationen über den krebserregenden Stoff. „Viele Arbeiter sind nach wenigen Jahren an ‚Asbestose‘ gestorben – auch junge Leute und auch Frauen, obwohl sie nur die Arbeitskleidung ihres Mannes gewaschen haben. Bald war vom ‚Tal des Todes‘ die Rede“, erzählt eine Frau aus Klein St. Paul. Der Friedhof des Ortes sei voll mit Opfern dieser Krankheit. Das Durit-Werk gibt es dort nicht mehr, aber Asbest ist immer noch allgegenwärtig.

Seit November 2014 ist nun an die Öffentlichkeit gedrungen, daß im Görtschitztal in Tierfutter und Milch giftiges Hexachlorbenzol (HCB), eines der zwölf gefährlichsten Industriegifte der Welt, gefunden worden ist. Seitdem wird nun heftig diskutiert, wer wann was wußte. Es wurde bekannt, daß das Gift HCB vermutlich von den Wietersdorfer und Peggauer Zementwerken in Brückl stammt. Dort werden belastete Blaukalke der Donau Chemie AG verbrannt. **Bis zu 25 Tonnen Hexachlorbenzol haben das ganze Tal vergiftet.** HCB wurde in acht von elf Proben aus dem Görtschitztal gefunden. Nicht nur Milch, Butter und Topfen sondern auch Rind-, Schweine- und Rotwildfleisch sowie Fische, Wasser und die Luft sind mit HCB kontaminiert. Das Land Kärnten bietet *„der Bevölkerung Blut- und Muttermilchtests an und empfiehlt, keine Milch oder andere Produkte aus der Region zu konsumieren“.*

Die Menschen im Görtschitztal sind verunsichert und fühlen sich von der Politik betrogen. Sie wollen wissen, wie es passieren konnte, daß die gesamte Region mit dem krebserregenden Umweltgift verseucht ist. Keiner weiß, ob es schädlich ist, das Gemüse aus dem eigenen Garten zu essen. Bei einer Bürgerinformation Anfang Dezember 2014 kam es zu Tumulten, als mehr Menschen in einen Saal wollten um mitzureden, als möglich war. *„Es ist eine Schweinerei, daß alles verschwiegen wurde“*, sagt eine Betroffene. *„Während in Büros geredet wird, gehen im Görtschitztal Existenzen zugrunde“*, warnt ein Bauer und er fragt: **„Wie will uns die Politik helfen, wenn klar wird, daß unsere Kinder krank sind?“**

Die Politik ist ratlos, und die Parteien schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Ende Dezember hat das Land Kärnten dann eine Untersuchungskommission eingesetzt. Es sei zu klären, *„was ist wann geschehen, nicht geschehen, hätte geschehen sollen oder nicht geschehen dürfen“.* Nur blödes Geschwafel – und die Krebsrate steigt.

SEIT 1992 VERBOTEN !

Hexachlorbenzol (HCB) ist ein farbloses, kristallines synthetisches Pulver, das früher als Pflanzenschutzmittel (Beizmittel) gegen Pilzbefall bei Getreide eingesetzt wurde. **HCB zählt zum „Dreckigen Dutzend“ und ist seit 1992 in Österreich verboten – seit 2004 sogar weltweit.** HCB kann über die Haut, Atmung und Nahrung aufgenommen werden. Bei langfristiger Belastung kann diese Chemikalie zur Schädigung von Leber, Haut und Nervensystem führen. Das Umweltgift kann auch die Fortpflanzung beeinträchtigen und das Krebsrisiko deutlich erhöhen. Besonders gefährlich ist HCB für Ungeborene und Kleinkinder.

WAS MACHT DIE UMWELTBEHÖRDE ?

Ein Milchbauer aus dem Görtschitztal: *„Als Konsument und Bewohner frage ich mich, wie es sein kann, daß Giftmüll, dessen Entsorgung viele Steuermillionen kostet, offen bei uns im Tal lagert und sich niemand, nicht einmal die Umweltbehörde, darum kümmert.“*

WIR SIND DAS VOLK

und wir wollen in unserer Heimat in Sicherheit leben können. Aber die teuren gewählten Mandatäre sind nicht in der Lage - oder nicht willens? - die Sicherheit zu gewährleisten.

Mehr als ein halbes Jahr lang hielt man die ersten Hexachlorbenzol-Wahrnehmungen bedeckt – ob fahrlässig oder vorsätzlich wird man wohl nie erfahren. Erst jetzt warnte man davor, Kinder in den halb gefrorenen Sandkisten spielen zu lassen.

Experten der Kärntner Landesregierung **garantierten (!)**, daß durch die Freisetzung des Umweltgiftes Hexachlorbenzol bei der Verwertung einer Blaukalkdeponie im Wietersdorfer Zementwerk **keinerlei Gesundheitsgefährdung** bestanden habe. **Nicht erwähnt wurde**, daß in einer der dafür herangezogenen Risikobewertungen ausdrücklich steht, daß die der Einschätzung zugrunde liegenden Grenzwerte **„nicht die krebserzeugende Wirkung eines Stoffes berücksichtigen“ (!)**.

Die Bundesagentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) hat bereits Ende März 2014 in mehreren Lebensmittelproben aus dem Görtschitztal Überschreitungen der Grenzwerte für HCB festgestellt.

Ex-ÖVP-Umweltlandesrat Wolfgang Waldner sagt, er habe von den Überschreitungen gewußt. Er sei dann aber aus der Regierung ausgeschieden und habe seinen Nachfolger, Agrar- und Wirtschaftsreferent Christian Benger (ÖVP), darüber nicht informiert. Wie man hört, interessiert sich der Herr Ex-Umweltlandesrat Waldner jetzt für einen Diplomatenjob in Washington.

Noch ehe in „hochnotpeinlicher Befragung“ geklärt wird, wer hier wie lange nichts gesagt oder unternehmen hat, zeichnet sich ein verheerendes Bild vom Amt der Kärntner Landesregierung ab.

Volksvertreter, die ausschließlich ihr voller Bauch und ihr gefüllter Sack interessiert, brauchen wir nicht! Wir brauchen Menschen, die verantwortungsvoll ihr Können und Wollen zum Wohl des Volkes einsetzen.

Akif Pirinçci an die Grünen

„Grüne, wenn es soweit ist, werden wir euch nicht bestrafen. Geht einfach, verlaßt unser schönes deutsches Land, denn ihr habt hier genug Unheil angerichtet. Alles, was ihr unserem Volke eingeredet habt, waren dreckige Lügen. Mit diesen habt ihr sowohl die moralischen als auch die geistigen und technisch-infrastrukturellen Fundamente Deutschlands zerstört.

Gut, die Legalisierung von Sex mit Kindern konntet ihr nicht durchsetzen, aber das ist auch alles, was euch an Bösem nicht gelungen ist. Nein, die Wälder standen nie in Gefahr zu sterben, nein, Atomkraftwerke sind nicht gefährlicher als andere Kraftwerke, eher das Gegenteil ist der Fall, nein, man kann mit Wind und Sonne nicht genug Strom für einen Industriestaat mit 81 Millionen Einwohnern erzeugen, nicht mal für ein Dorf, nein, die Informationstechnologie hat die Menschen nicht vereinsamen lassen, nein, gläubige Muslime sind keine Bereicherung für unser Land, sondern reinster Sprengstoff, nein, durch

die kackfrecke öffentliche Präsenz von Schwulen und Lesben ist unser Leben in keiner Weise reichhaltiger geworden (deren Leben übrigens auch nicht), nein, durch die Vergottung des Ausländers und die Öffnung der Schleusen für jeden dahergelaufenen Handaufhalter beim Sozialamt haben wir nichts, aber auch gar nichts gewonnen, nein, durch die Senkung des Bildungsniveaus wurde der Nachwuchs nicht schlauer, sondern, wer hätte das gedacht, bildungsärmer und dümmer, (...) und, ja, das Gegenteil dessen, was ihr immer behauptet habt, ist eingetreten, daß nämlich euer heißgeliebter Linksradikalismus inzwischen bürgerkriegsähnliche Zustände in unseren Städten schafft und sogar ungeniert Polizeistationen angreift.

Ich könnte mit dieser Liste noch endlos fortfahren, doch wozu die Mühe? Tut mir den Gefallen und fahrt zur Hölle! Tschüß!“

NUR DER SICH BEKENNT HAT IHM NICHT GENÜTZT

Manfred Straka im *Handbuch der europäischen Volksgruppen*: „Als Grundlage für den Umfang und den örtlichen Anwendungsbereich von Gruppenrechten ist die nach dem Bekenntnisprinzip ermittelte zahlenmäßige Stärke der Kärntner Slowenen von ausschlaggebender rechtlicher Bedeutung ... **Slowene im rechtlichen Sinne ist nur derjenige, der sich als Slowene bekennt.**“

Dr. Josef Feldner

im Jahr 1982 zur Vortäuschung eines ‚geschlossenen, slowenischen Territoriums‘: „Auch die in weiterer Folge durchgeführten slowenischen ‚Ortstafelaktionen‘ wurden damit begründet, daß zweisprachige Ortstafeln von großer ‚symbolischer und politischer‘ Bedeutung für die Kärntner Slowenen seien. Mit zweisprachigen Ortstafeln in allen Orten des Kärntner Grenzlandes – auch in Orten ohne slowenischer Minderheit – soll, slowenischnationalen Intentionen zufolge, ein tatsächlich nicht existentes, geschlossenes slowenisches Territorium vorge-täuscht werden.“

ZITAT

Hermann Franzis, internationaler Berater im UN-System in verschiedenen Ländern: „Die USA gebärden sich heute als Speerspitze im ‚Kampf gegen den Terror‘. Washington droht unliebsamen Regierungen unverhüllt mit Krieg und atomarer Vernichtung. Das Wort von der ‚Achse des Bösen‘, eine Erfindung amerikanischer Hardliner, macht die Runde und läßt für das 21. Jahrhundert nichts Gutes erwarten.“

ZITAT

Fritz Kimeswenger: „Hat Landesrat Rolf Holub (Grüne) die HCB-Werte im Blut eines Kindes tatsächlich mit denen von Eskimos und Eisbären verglichen? Wenn ja, weshalb ist Holub noch im Amt?“

Millionen für den Life-Ball

Die Gemeinde Wien zahlt für den Life-Ball, dieses „Fest erotischer Ausschweifungen“, gegen das sich 70 % der „einfachen“ Wiener ausgesprochen haben, eine direkte Subvention aus Steuergeld in Höhe von € 800.000.—. Zusammen mit Sachleistungen, wie der kostenfreien Nutzung des Rathauses, dürfte die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bei 1,2 Millionen Euro liegen.

Zur Erinnerung: Dem Klagenfurter Grünen-Gemeinderat Reinhold Gasper war die Tafel auf dem Heldenfriedhof in Klagenfurt Annabichl, die zum Gedenken an die Soldaten, die aus dem Krieg nicht mehr heimgekommen sind, mit dem Gedicht von Paul Beuthe – „Sie liegen im Westen und Osten“ – erinnerte, „schon lange ein Dorn im Auge“. Die Grünen forderten, daß die Tafel entfernt wird – und sie ist entfernt worden.

Hat ihm nicht genützt, dem Herrn Gemeinderat, seine treugrüne Antifa-Linie.

Seine grünen Genossen haben ihn, der 30 Jahre lang grüner Gemeinderat war, für die heurige Klagenfurter Gemeinderatswahl auf den unwählbaren neunten Platz der Liste gesetzt. Daraufhin hat der selbsternannte „Vollblutpolitiker“ gekränkt seine Kandidatur zurückgezogen.

GENDEREIEN

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hat im Vorjahr die Personenstandurkunden so verändern lassen, daß die Begriffe wie „Vater“ und „Mutter“ zusätzlich durch „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ ersetzt werden. Aber – wer ist jetzt die Nummer 1 und wer die Nummer 2?

ES GIBT AUCH TUGEND-TERROR

Kurt Seinitz: „So weit ist es also schon gekommen: Deutsche Korrespondenten berichten aus Boston, Journalisten seien von den Behörden angehalten worden, den Islam-Faktor bei dem Terror nicht herauszustreichen, ‚um die Moslems nicht zu stigmatisieren‘. Vielleicht wird man bald nur noch mit islamischer Erlaubnis zu Moslems Moslems sagen dürfen. Achtung: Es gibt nicht nur Terror, es gibt auch Tugend-Terror.“

ZITAT

Beate Prettner (SPÖ), ehemalige Kärntner Umwelt- und jetzige Gesundheitsreferentin, die den Bescheid zum Brennen des Blaukalks im Jahr 2012 ohne **Kontrollauflagen (!)** ausgestellt hat: „Es war nicht zu erwarten, daß es HCB-Rückstände geben wird.“

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE !

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT666000000075505994.**

FREIHEIT DIE S I E MEINEN

„Charlie Hebdo“, das außerhalb Frankreichs kaum wirklich bekannt ist, huldigt der völlig entfesselten Polemik bis hin zur pornografischen Überzeichnung aller religiösen, nicht nur muslimischer Autoritäten.

In Frankreich wird Religion nicht geschützt wie in anderen Staaten mit dem Paragrafen der Religionsstörung. Und das religionsferne ‚christliche‘ Frankreich ist stolz auf diese ‚völlige Freiheit‘.

Wirklich völlige Freiheit? In Frankreich wird ja schon straffällig, wer den selbst unter Wissenschaftlern umstrittenen Völkermord 1915 an den Armeniern leugnet – aus Rücksicht auf die nationalen Gefühle der Armenier. Und ebenso ist eine Leugnung des Holocaust verboten – aus Rücksicht auf die Opfer und die Gefühle der Überlebenden.“

So Kurt Seinitz in der Krone.

Diese Freiheit ist in der EU allüberall bestens bekannt.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Siehe die Guten und Gerechten! Wen hassen sie am meisten? Den, der zerbricht ihre Tafeln der Werte, den Brecher, den Verbrecher – das aber ist der Schaffende.“

ZITAT

Gilad Atzmon in seinem Buch „DER WANDERnde – WER?“: „Ich brauchte viele Jahre, um zu verstehen, daß es sich beim Holocaust, dem Zentralinhalt des modernen jüdischen Glaubens, nicht um eine historische Erzählung handelt, denn historische Erzählungen benötigen nicht den Schutz des Gesetzes und der Politiker. Zu einem bestimmten Zeitpunkt wurde einem schrecklichen Kapitel der Menschheitsgeschichte außergewöhnlicher metahistorischer Status verliehen. Seine ‚Faktizität‘ wurde mit drakonischen Gesetzen besiegelt und seine Begründung durch soziale und politische Institutionen abgesichert.“

AUCH ÖSTERREICH

Auf der 102. Sitzung des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen, die vom 11. bis 29.7.2011 stattfand, wurde von allen Unterzeichnerstaaten, das sind u. a. Deutschland, Frankreich, Schweiz und Österreich verbindlich beschlossen: „Gesetze, welche den Ausdruck von Meinungen zu historischen Tatsachen unter Strafe stellen, sind unvereinbar mit den Verpflichtungen, welche die Konvention den Unterzeichnerstaaten hinsichtlich der Respektierung der Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit auferlegt.“

Die Konvention erlaubt kein allgemeines Verbot des Ausdruckes einer irrtümlichen Meinung oder einer unrichtigen Interpretation vergangener Geschehnisse“. Unter Punkt 9. Absatz 1 des Artikels 19 wird der Schutz der Meinungsfreiheit festgehalten. „Alle Kategorien von Meinung genießen Schutz, seien sie politischer, wissenschaftlicher, historischer, moralischer oder religiöser Natur“. Auch Österreich hat sich verpflichtet, dieses Recht in nationales Recht umzusetzen.

Aufregung in Schwerte

Die nordrhein-westfälische Stadt Schwerte will Flüchtlinge im früheren Außenposten des Konzentrationslagers Buchenwald unterbringen.



SEPP KRASSNIG

4. Feber 1947 – 22. Dezember 2014

Vorsitzender der AFP

Träger des Ehrenabzeichens in Gold der AFP

Träger des Ehrenzeichens in Gold des Kärntner Abwehrkämpferbundes

Wir trauern um einen unserer Besten.

Von Jugend an ging er seinen Weg und war treu bis zum letzten Atemzug.

Er war ein liebender Familienvater, ein großartiger Freund und Kamerad, er ist wirklich ein Un-Ersetzlicher.

Wir haben uns von ihm am 29. Dezember 2014 in der Zeremonienhalle Klagenfurt-Annabichl verabschiedet.

Sepp Kraßnig wird in der Seele seines geliebten Volkes weiterleben.

Typisch für den ORF

Klaus Johannis, Siebenbürger Sachse und Angehöriger der deutschen Volksgruppe in Rumänien, hat die Wahl zum rumänischen Präsidentenamt gegen seinen sozialdemokratischen Herausforderer gewonnen.

Beim Österreichischen Rundfunk (ORF) wurde dazu in der Radioserie „Ö1 Morgenjournal“ zunächst vom *Sachsen-Rumänen Johannis* gesprochen. Danach stammte der neue rumänische Präsident Johannis laut ORF *aus deutsch-rumänischen Verhältnissen*, ehe er nach ORF-Diktion als *deutschsprachiger Rumäne* bezeichnet wurde.

Dazu der Präsident der Deutschen Weltallianz (DWA): „Das, was der ORF hier betreibt, ist eine ethnischsprachliche Diskriminierung.“

ENTEIGNUNGS-IDEE

Wie aus einem Geheimpapier hervorgeht, will die EU die Ersparnisse der Europäer für die Rettung des Euro „mobilisieren“.

In einem umfassenden Projekt will die EU-Kommission den Zugriff auf die privaten Sparguthaben und „die Ersparnisse von 500 Millionen Bürgern“ für „langfristige Investitionen“ verwenden. Es soll ein ganz neuer Finanzsektor entstehen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet von einem revolutionären Projekt: Aus dem Geheimpapier geht hervor, daß die EU von einer politischen Union zu einem Hedgefonds verwandelt werden könnte. Die Sparguthaben der EU-Bürger sollen zu synthetischen Finanzpapieren verpackt werden, mit denen dann gezockt werden kann. Dazu will die EU-Kommission die Aufsichtsbehörden zwingen, die „Regeln für Sicherheiten zu lockern“.

Das ist die kompakteste Enteignungs-Idee, seit es die EU gibt.

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Wiedergutmachung wurde abgelehnt

Über die Zahl der Jugoslawien-Deutschen, die durch Massenerschießungen, sonstige Ermordungsarten, Hunger und Seuchen in den Lagern usw. ums Leben kamen, meldet das Bundesamt für Statistik in Wiesbaden: „Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Gesamtverluste der jugoslawien-deutschen Bevölkerung durch Krieg und Nachkriegsereignisse demnach 175.000 Personen betragen, 32,7 v. H. des Bevölkerungsstandes von 1939. Davon entfallen auf Wehrmachtsterbefälle etwa 40.000 Mann (7,5 v.H.), so daß die Zivilverluste rund 135.000 Personen (25,3 v. H.) ausmachen. Die größten Verluste unter der Zivilbevölkerung entstanden unmittelbar nach der militärischen Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Rote Armee bzw. durch die Errichtung der Partisanenverwaltung, und zwar durch Massenerschießungen sowie durch sonstige willkürliche und planmäßige Liquidierungsmaßnahmen“.

Die Heimatvertriebenen aus Slowenien haben in einer Petition an die Regierung in Laibach moralische, rechtliche und wirtschaftliche Wiedergutmachung für den Völkermord verlangt, der an den Volksdeutschen verübt wurde. Die Petition wurde abgelehnt.

ZITAT

Churchills Sohn Randolph nach der Urteilsverkündung in Nürnberg: „Künftige Historiker werden wahrscheinlich berichten, daß die eigentliche Bedeutung von Nürnberg darin bestand, einen Präzedenzfall dafür zu schaffen, daß die Besiegten von den Siegern abgeurteilt und getötet werden.“

Provokation der Grünen

Die Grüne Klubobfrau stellvertreterin Rosalia Kuchling hielt in der Sitzung des Kärntner Landtages nicht nur rechtswidrig ihre Begrüßung in slowenischer Sprache, sondern mußte durch das Abdrehen des Mikrofons durch den Landtagspräsidenten daran gehindert werden, auch ihre Abschlußrede in Slowenisch zu sprechen.

Dazu der Klubobmann der Freiheitlichen in Kärnten, Christian Leyrouz: „Es wird keine zweite Landessprache in Kärnten geben, die Freiheitlichen werden dafür Sorge tragen, daß die ständigen Provokationen nichts fruchten.“

DIE DIKTATUR DER GUTEN

Klaus J. Groth: „Diktatur hat einen neuen Namen: Political Correctness (PC). Mit Meinungsterror und einem einseitig erklärten Tugendkanon herrschen Minderheiten über die Mehrheit.“

Den mahnenden Zeigefinger erheben die Political-Correctness-Kommissare in Deutschland im Namen der Ausländer, Kinder, Behinderten und Tiere. Den Widerspruch der noch verbleibenden Restbevölkerung schalten die Political-Correctness-Kommissare mit dem Appell an das permanent schlechte Gewissen aus. In Deutschland dienen dazu das unablässige Erinnern an die Schuld des Nationalsozialismus, an die Diskriminierung der Ausländer und die Sünden an der Umwelt.“

Anleitung zum Sozialmißbrauch

Der Kosovo gilt als sicheres Land, und darum sind die Chancen für Kosovaren auf einen Aufenthaltstitel in Österreich sehr gering. Trotzdem stellten seit Jahresbeginn bereits 535 Kosovaren einen Asylantrag in Österreich. Der Hauptgrund für den Ansturm dürfte eine Werbeoffensive kosovarischer Busfirmen sein. Mit Inseraten locken sie Kunden mit „lukrativen“ 30 €-Reisen nach Österreich. Angekommen, könne man „hier um Asyl ansuchen und sich einfach 500 Euro von den Behörden holen“. Gemeint ist die sogenannte Starthilfe, die jeder Asylwerber bekommt, der nach Negativbescheid freiwillig wieder ausreist.

"EU-Battlegroups" stehen bereit

Mit der Aussage, „Letztendlich muß es eine europäische Armee statt dem Bundesheer geben“, sorgte im EU-Wahlkampf die NEOS-Spitzenkandidatin, die Kärntner Slowenin Angelika Mlinar, für großes Aufsehen. Sollte dieser Vorschlag umgesetzt werden, wäre das nicht nur das Ende der Neutralität Österreichs, sondern auch die Unterordnung unter die NATO.

Obwohl die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) weder von den USA eigenständig ist, noch deren Einsätze in ausschließlichem europäischen Interesse sind, sollen die militärischen Aktivitäten gesteigert werden. Eine besondere Rolle soll dabei den aus Soldaten mehrerer Mitgliedstaaten geformten EU-Gefechtsverbänden („Battlegroups“) zukommen.

VÖLLIG INAKZEPTABEL

Die Situation deutscher Soldaten im Angesicht bevorstehender weltweiter Einsätze unter NATO-Oberbefehl („The Germans to the front“) ist völlig inakzeptabel: Einerseits müssen Bundeswehrsoldaten jederzeit damit rechnen, daß sich ehemalige Kriegsgegner Deutschlands auf die Feindstaatenklauseln berufen. Andererseits wurde und wird der deutsche Soldat – einschließlich der Gefallenen beider Weltkriege – aus öffentlichen Mitteln diffamiert und muß sich auch noch von den deutschen Gerichten bescheinigen lassen, die Parole „Soldaten sind Mörder“ falle unter das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Rein formal ist bis heute jedes Land, das während des Zweiten Weltkrieges gegen Deutschland kämpfte, berechtigt, die Feindseligkeiten bei gegebenem Anlaß wieder zu eröffnen. Der Wortlaut der in Rede stehenden Klauseln lautet:

„Art. 53: (1) ... Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.“

(2) Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Art. 107: Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“



lesen Sie auch

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN